



„Technischer Dialog“ mit der EU?

In der vergangenen Sommersession des Schweizer Parlamentes wurde Bundesrat Didier Burkhalter vom SVP-Nationalrat Peter Keller gefragt, ob der ...

In der vergangenen Sommersession des Schweizer Parlamentes wurde Bundesrat Didier Burkhalter vom SVP-Nationalrat Peter Keller gefragt, ob der Staatssekretär Yves Rossier vom Bundesrat ein Verhandlungsmandat erhalten habe, und ob Burkhalter es auch „logisch“ finde, dass ein EU-Gerichtshof über der Schweizer Rechtsauslegung stehe. Von „Verhandlungen“ wollte Burkhalter nichts wissen. Es sei bloß ein „technischer Dialog“ (!) mit der EU im Gange und es bestehe kein Verhandlungsmandat. Hatte der Staatssekretär also ohne Verhandlungsmandat seines Vorgesetzten bereits Gespräche mit EU-Kollegen geführt? Oder hatte es Burkhalter bei seiner Antwort mit der Wahrheit nicht so genau genommen?

von bub.



Quellen:

Partezeitung: SVP-Klartext, Sept. 2013, S. 10, 11
<http://www.svp.ch/documents/database/dokumente/%24svp/Default%20Folder/svp%2Dklartext/2013/1307%2DSVP%2DKlartext%2Ddef.pdf>
http://freie-meinung.ch/images/Bulletins/Bulletin_Nr._23.pdf

Das könnte Sie auch interessieren:

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.